



Gesetzliche Preiserhöhung in Sicht?

Erschienen am 12.04.2015

Der Spitzenverband der Heilmittelverbände (SHV), zu dem auch der IFK zählt, und der Verband der Ersatzkassen (vdek) fordern gemeinsam eine Angleichung der Heilmittelpreise. Es gilt nämlich nicht nur eine Vergütungslücke zwischen Ost und West zu schließen, auch innerhalb von Bundesländern wird dieselbe Leistung je nach Krankenkasse unterschiedlich vergütet. Das ist sowohl für Physiotherapeuten als auch für einzelne Kassen nicht akzeptabel.

Darum haben SHV und vdek einen gemeinsamen Antrag an die Politik erstellt, der die historisch bedingten Vergütungsunterschiede innerhalb von fünf Jahren nivellieren soll. Die damit verbundenen Vergütungserhöhungen liegen schon nach dem ersten Jahr bei circa 40 Millionen Euro. Über den Plan hatten sich jüngst u.a. IFK-Vorstandsvorsitzende Ute Repschläger (Foto rechts) und vdek-Vorstandsvorsitzende Ulrike Elsner (Foto links) auf dem vdek-Frühlingsempfang ausgetauscht.

Konkret soll im Sozialgesetzbuch (SGB) V § 125 Absatz 2 wie folgt ergänzt werden: „Sofern die Vertragspreise zum 01.01. des

jeweiligen Kalenderjahres innerhalb einer Region voneinander abweichen, sind die Preise durch die Vertragspartner so anzupassen, dass sie mindestens das obere Drittel des Intervalls zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Preis in dieser Region erreichen. Diese Regelung gilt bis zum 31.12.2021.“

Dieser Mechanismus würde eine jeweilige Anpassung nach oben garantieren, so dass es keine Vergütungen mehr geben kann, die in einem hohen Maße vom Durchschnitt nach unten abweichen.

Hintergrund ist nicht zuletzt die nach wie vor angespannte finanzielle Situation von Physiotherapeuten, welche den Fachkräftemangel bestärkt und damit auch die Versorgungssituation gefährdet. Allein die Zahl der Anfänger in der Berufsausbildung Physiotherapie ist innerhalb der vergangenen Jahre um 10 Prozent gesunken.